

WÄHLEN SIE DIE AfD!

Die AfD in Bayern steht für eine Gesundheitspolitik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Neben einer sicheren flächendeckenden Versorgung mit Ärzten und Kliniken, wollen wir eine Weiterentwicklung des Gesundheitswesens hin zu mehr Menschlichkeit, Wirksamkeit und Therapiefreiheit unterstützen.

Gesundheitspolitik muss weiterhin Ländersache bzw. Aufgabe der vom Bürger demokratisch kontrollierten nationalen Regierungen bleiben. Wir lehnen eine Abgabe der Entscheidungskompetenzen an die global agierende und eng mit der Pharmalobby verquickte WHO („Pandemievertrag“) oder an die nicht demokratisch gewählte EU-Kommission ab.

www.afdbayern.de



GESUNDHEITS POLITIK –

AM BEDÜRFNIS DES
MENSCHEN ORIENTIEREN

Afd



CORONA-POLITIK AUFARBEITEN

Die Corona-Politik muss dringend wissenschaftlich und juristisch aufgearbeitet werden, damit eine Wiederholung der Rechtsbrüche ausgeschlossen werden kann. Sämtliche Verordnungen und Gesetze müssen wieder auf die Fassung vor Corona korrigiert werden.

Für impfgeschädigte Menschen braucht es ausreichend neutrale, Hilfe bietende Anlaufstellen. Impfschäden müssen neutral und transparent erforscht werden, statt diese aus den Statistiken zu drängen. Die genbasierten Corona-Injektionen müssen gestoppt werden angesichts der hohen Übersterblichkeit und unzähliger Impfschäden.

GRUNDRECHT AUF KÖRPERLICHE UNVERSEHRTHEIT BEWAHREN: FREIE IMPFENTSCHEIDUNG

Kein Mensch darf jemals zu einer medizinischen Behandlung oder einem Eingriff gezwungen, genötigt oder überredet werden. Weder durch Corona-Injektionen, erzwungene Masernimpfung bei Schulkindern, noch durch eine Widerspruchsregelung zur Organspende oder sonstige staatliche Maßnahmen.

SCHUTZ UNSERER SENSIBLEN GESUNDHEITSDATEN

Eine zentrale Sammlung persönlicher Gesundheitsdaten sowie einen digitalen Impfpass lehnen wir ab, weil ein Missbrauch der Daten niemals ausgeschlossen werden kann.

GANZHEITLICHE MEDIZIN UND NATURHEILKUNDE FÖRDERN

Große Teile der Bevölkerung wünschen sich eine ganzheitliche Betrachtung der Beschwerden und einen kausal orientierten Behandlungsweg. Neben einer stärkeren Gewichtung des Arzt-Patienten-Gesprächs sprechen wir uns für Forschungs- und Lehrprogramme für ganzheitliche Medizin und Naturheilkunde aus. Das Berufsbild des Heilpraktikers gilt es als wertvolle Ergänzung des Therapieangebotes dringend zu erhalten.

MEDIZINISCHE GRUNDVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Notfallambulanzen, Geburtsstationen und grundlegende operative Versorgung zählen zur Daseinsfürsorge und müssen flächendeckend ausreichend gesichert sein.

GESUNDE LEBENSBEDINGUNGEN SICHERSTELLEN

Entsprechend dem Vorsorgeprinzip fordern wir die für den Mobilfunk geltenden Grenzwerte durch unabhängige Studien zu prüfen, die gesundheitliche Wirkung von 5G zu untersuchen und Strategien für eine Minimierung der Strahlenbelastung zu entwickeln. Natürliche Lebensbedingungen mit gesunden Nahrungsmitteln, Wasser und reiner Luft sind ebenso wichtig für den Körper, wie die seelisch-psychische und geistige Ausgeglichenheit sowie soziale Absicherung. Gesunderhaltung des Menschen muss das oberste Ziel sein, welche wir mit entsprechender Prävention und politischen Rahmenbedingungen fördern wollen.

KRANKENHAUSINFRASTRUKTUR ERHALTEN UND STÄRKEN

Die Krankenhausinfrastruktur muss auch im ländlichen Raum möglichst umfangreich erhalten bleiben. Die massiven Fehlanreize durch das Fallpauschalensystem wollen wir durch einen Strukturwechsel hin zur Einzelfallvergütung beseitigen.

PFLEGE REFORMIEREN

Es braucht mehr Zeit für eine menschliche Pflege der Patienten und Pflegebedürftigen bei gleichzeitig weniger Bürokratie. Pflegende Angehörige benötigen mehr Unterstützung und eine bessere finanzielle Unterstützung. Wir wollen alternative Wohnformen, die den Pflegebedürftigen mehr Selbstbestimmung ermöglichen, fördern.

MEHR ÄRZTE, STUDIENPLATZVERGABE AUSWEITEN

Je nach Bevölkerungsentwicklung müssen mehr Arztsitze vergeben werden. Das Vergabeverfahren von Medizinstudienplätzen sollte praxisorientierter erfolgen.

FREIE WISSENSCHAFTLICHE DEBATTE STÄRKEN

Die freie wissenschaftliche Debatte muss wieder hergestellt werden. Es darf keine Ausgrenzung abweichender Meinungen u.a. durch die öffentlich-rechtlichen Medien geben. Der Einfluss der Pharmaindustrie auf Forschung und Lehre muss begrenzt werden.